

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

Einzelplan 05 - Kultusministerium

- Drucksachen 11/2450 und 11/2723

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Berichterstatter Abgeordneter Frey - SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird unverändert angenommen.

I. Bericht

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Einzelplans 05, mit Ausnahme des Kapitels 05 810 - Förderung des Sports - und der Kapitel über die allgemeine Kulturförderung, und § 21 des Entwurfes des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1992 (Drucksache 11/2452) in seinen Sitzungen am 6. November 1991, 27. November 1991 und 4. Dezember 1991 beraten.

Zur Erläuterung der Etatansätze übersandte der Kultusminister die Vorlage 11/764 zum Sachhaushalt und die Vorlage 11/803 zum Personalhaushalt (Stellenbegründungen).

Die im Rahmen der Beratungen aufgeworfenen Fragen beantwortete der Kultusminister mit den Informationen 11/227 und 11/229.

In der Schlußsitzung am 4. Dezember 1991 wurde über die in der Anlage dargestellten Anträge abgestimmt.

Vor Eintritt in die Einzelabstimmung erklärte der Sprecher der Fraktion der F.D.P., seine Fraktion werde keine Änderungsanträge stellen. Es habe sich in den vergangenen Jahren gezeigt, daß die Anträge der F.D.P. durchgängig abgelehnt wurden. Seine Fraktion werde in der 3. Lesung Anträge zur Haushaltsstruktur stellen. Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN zeigte sich über die Haltung der F.D.P.-Fraktion enttäuscht. An die CDU-Fraktion gewandt, bemängelte sie ein Wetteifern im Sparen mit der Landesregierung.

Nach wie vor gäbe es im Einzelplan 05 Unstimmigkeiten zwischen tatsächlichem Bedarf und den Einsparungsversuchen der Landesregierung. Es sei aber zunächst Aufgabe des Kultusministers, selbständig tätig zu werden, um Bedarfslücken zu schließen.

Für die Fraktion der SPD teilte die Sprecherin mit, daß die Landesregierung einen Nachtragshaushalt aufstellen werde. Aus diesem Grunde bringe die SPD jetzt keine Änderungsanträge ein. Sie behalte sich vor, dies zum Nachtragshaushalt zu tun. Die Sprecherin der CDU-Fraktion kritisierte insbesondere, warum die Landesregierung nicht sofort einen Nachtrag vorlege, wenn sie doch bereits jetzt wisse, daß ein solcher präsentiert werde.

Soweit erforderlich, werden weitergehende Beratungen und Begründungen nachfolgend aufgeführt.

Als Berichterstatter wurde einstimmig der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung eingesetzt.

II. Anträge

Den in der Anlage laufende Nummer 20 zum Sachhaushalt aufgeführten Antrag begründete die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN zusätzlich damit, daß sich die Forderung von 7 Millionen DM allein schon deshalb rechtfertige, da ein Gutachten aus dem Vorjahr Mehrkosten von ca. 12,5 Millionen DM begründe.

Insbesondere wegen der beabsichtigten Schließung der Abendrealschulen und Übergabe an Einrichtungen des 2. Bildungsweges appelliere sie an die Mehrheitsfraktion, ihrem Antrag zuzustimmen. Hier ginge es auch um die Frage der Glaubwürdigkeit der SPD-Fraktion.

Die Sprecherin der SPD unterstrich die Absichtserklärung der Landesregierung, den geplanten Maßnahmen auch Finanzierungsregelungen folgen zu lassen. Sie gehe davon aus, daß diese Fragen im Nachtragshaushalt geregelt werden können.

III. Gesamtabstimmung

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmte dem Einzelplan 05 - Kultusministerium - unverändert sowie dem § 21 Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 (Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen) mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN zu.

Frey

Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Schule und Weiterbildung
zum Einzelplan 05 - Personal**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	<p>In den Kapiteln</p> <p>05 320 05 330 05 340 05 410 05 440</p> <p>werden alle kw-Vermerke gestrichen.</p> <p>Begründung</p> <p>Die kw-Vermerke sind zu streichen, da die sogenannten Überhänge erwiesenermaßen aufgebraucht sind und zur Deckung des rechtlich vorgeschriebenen Unterrichtsbedarfs benötigt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
2	CDU	Wegfall der kw-Vermerke	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	<p>Kapitel 05 140 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 46 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Im Landesinstitut sollen für den Aufbau einer Beratungsstelle "Interkulturelles Lernen" zwei Stellen eingerichtet werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
4	GRÜNE	<p>Kapitel 05 380 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 15 341 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgende Veränderung aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen - Zuschlag 30 (20) v.H. -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagsschulbereich haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 667 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 77 962 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgender Zusatz aufgenommen:</p> <p>3 500 Stellen für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung in allen Schulformen</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Das Kienbaum-Gutachten hat bestätigt, daß in Nordrhein-Westfalen gegenwärtig 17 000 Lehrerinnen und Lehrer zur Erteilung des rechtlich vorgeschriebenen Unterrichtsvolumens fehlen. Mit der Einstellung von 3 500 Lehrerinnen und Lehrern wird die Unterrichtsversorgung gemäß dem dringenden Bedarf in allen Schulformen verbessert. Die Stellen werden entsprechend dem Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer in den einzelnen Schulformen bei den Kapiteln dieser Schulformen bewirtschaftet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 7 780 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird der folgende Zusatz aufgenommen:</p> <p>354 Stellen für die Doppelbesetzung von Integrationsklassen in der Primarstufe</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Integratives Lernen setzt eine kontinuierliche sonderpädagogische Betreuung voraus. Im Schuljahr 1992/93 werden im Rahmen des Schulversuchs ca. 640 behinderte Kinder in 320 Klassen an 80 Grundschulen unterrichtet. Zusätzlich liegen 20 Anträge von Schulträgern zur Einrichtung von Integrationsklassen sowie 14 Anträge von Eltern bzw. Elterninitiativen vor. Mit der Bewilligung der vorliegenden Anträge entsteht somit bei einer Doppelbesetzung der Integrationsklassen ein Mehrbedarf von 354 Stellen für Sonderpädagogen/Sonderpädagoginnen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 2 200 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird der folgende Zusatz aufgenommen:</p> <p>100 Stellen für die Fortsetzung des Schulversuchs "Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern in der Grundschule" in der Sekundarstufe I</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Mehrere Schulträger haben beim Kultusministerium ihr Interesse bekundet, den Grundschulversuch zum integrativen Unterricht in der Sekundarstufe I fortzuführen. Die beiden Gesamtschulen, die in Nordrhein-Westfalen seit Jahren zielfähiger lernende behinderte Kinder in der Sekundarstufe I integrieren, zeigen, daß eine Fortsetzung des Versuchs möglich und sinnvoll für die Entwicklung und Förderung aller beteiligten Schülerinnen und Schüler ist.</p> <p>Behinderten Kindern, die vier Jahre lang im Rahmen des Grundschulversuchs gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern gelernt haben, müssen die Möglichkeit erhalten zum gemeinsamen Unterricht auch in der Sekundarstufe I und dürfen nicht gegen den Willen ihrer Eltern in die Sonderschulen zurückgeschickt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. Enth.</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 5 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgender Zusatz aufgenommen:</p> <p>250 Stellen für die Erteilung des muttersprachlichen Ergänzungunterrichts</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Zur ungekürzten Erteilung des muttersprachlichen Ergänzungunterrichts fehlen für alle Schulformen über 1 000 Lehrkräfte. Mit den Zuschlagsrelationen für ausländische Schüler und Schülerinnen ist dieser Bedarf nicht mehr zu decken. Deshalb werden zunächst 250 Stellen zur Deckung des Bedarfs eingerichtet. Dieser Mehrbedarf wird nicht gegen kw-Stellen verrechnet, sondern über Neueinstellungen abgedeckt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 16 852 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgende Veränderung aufgenommen:</p> <p>c) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für ausländische Schüler/Schülerinnen und Spätaussiedler/Spätaussiedlerinnen - Zuschlagsrelation 60 : 1 -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Zuschlagsrelation 85 : 1 zum Ausgleich für den Unterrichtsmehrbedarf nicht ausreicht, um den Schülerinnen und Schülern die notwendige Förderung zukommen zu lassen. Angesichts des steigenden Unterrichtsbedarfs wird die Zuschlagsrelation in den Grundschulen zunächst auf 60: 1 verbessert. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 766 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 19 910 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>Dazu als Zuschläge zur Grundstellenzahl:</p> <p>f) für die Einrichtung "voller Halbtagschulen" - Zuschlag 20 v.H.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Für den Betrieb "voller Halbtagschulen" im Primarbereich ist ein Zuschlag von 20 % der Grundstellenzahl notwendig. Zur stufenweisen Einführung des "vollen Halbtags" an allen Schulen im Primarbereich werden zunächst 15 v.H. der Grundschulen (d.h. 15 v.H. der Grundstellenzahl) in "volle Halbtagschulen" umgewandelt. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 905 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 1 518 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen - Zuschlag 50 (20) v.H.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagschulbetrieb im Grundschulbereich haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 50 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 69 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	GRÜNE	<p>Kapitel 05 320 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 3 674 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgender Zusatz aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen - Zuschlag 30 (20) v.H. -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 167 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	GRÜNE	<p>Kapitel 05 320 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 13 200 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgender Zusatz aufgenommen:</p> <p>f) für die Sicherstellung des Erweiterten Bildungsangebots (EBA) 600</p> <p>Diese Erläuterungen sind verpflichtend.</p> <p>Begründung</p> <p>Zur Sicherstellung des Erweiterten Bildungsangebots in der Hauptschule reicht die Stellenzahl nicht aus. Um wenigstens einen Teil im Haushalt abzusichern, werden zunächst 600 weitere Stellen benötigt. Der zusätzliche Bedarf wird nicht mit kw-Stellen verrechnet, sondern über Neueinstellungen abgedeckt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	GRÜNE	<p>Kapitel 05 330 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 8 030 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgende Veränderung aufgenommen:</p> <p>c) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für ausländische Schüler/Schülerinnen und Spätaussiedler/Spätaussiedlerinnen - Zuschlagsrelation 60 : 1 -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Für den Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf stehen für ausländische Schüler/Schülerinnen und Spätaussiedler/Spätaussiedlerinnen z. Zt. in ganz Nordrhein-Westfalen bei den öffentlichen Realschulen lediglich 8 Stellen zur Verfügung. Um ausländischen Schülern/Schülerinnen und Spätaussiedlern/Spätaussiedlerinnen den gleichberechtigten Zugang zu allen Schulformen zu ermöglichen, wird auch an den öffentlichen Realschulen die Zuschlagsrelation 60 : 1 zum Ausgleich für den Unterrichtsmehrbedarf für die genannten Schüler/Schülerinnen eingeführt. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 365 Stellen. Dieser Mehrbedarf wird nicht gegen kw-Stellen verrechnet, sondern über Neueinstellungen abgedeckt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	GRÜNE	<p>Kapitel 05 330 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 550 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgende Veränderung aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen - Zuschlag 30 (20) v.H. -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 25 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	GRÜNE	<p>Kapitel 05 340 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 1 081 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgende Veränderung aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen - Zuschlag 30 (20) v.H. -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um eine qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 47 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	GRÜNE	<p>Kapitel 05 340 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 9 936 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgende Veränderung aufgenommen:</p> <p>c) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für ausländische Schüler/Schülerinnen und Spätaussiedler/Spätaussiedlerinnen - Zuschlagsrelation 60 : 1 -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Für den Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf stehen für ausländische Schüler/Schülerinnen und Spätaussiedler/Spätaussiedlerinnen z. Zt. in Nordrhein-Westfalen bei den öffentlichen Gymnasien lediglich 17 Stellen zur Verfügung. Um ausländischen Schülern/Schülerinnen und Spätaussiedlern/Spätaussiedlerinnen den gleichberechtigten Zugang zu allen Schulformen zu ermöglichen, wird auch an den öffentlichen Gymnasien die Zuschlagsrelation 60 : 1 zum Ausgleich für den Unterrichtsmehrbedarf für die genannten Schüler/Schülerinnen eingeführt. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 432 Stellen. Dieser Mehrbedarf wird nicht gegen kw-Stellen verrechnet, sondern über Neueinstellungen abgedeckt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	GRÜNE	<p>Kapitel 05 390 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 770 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen Schulen für Lernbehinderte - Zuschlag 30 (20) v.H. -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 35 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

zum Einzelplan 05 - Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 512 20</p> <p>Verminderung um 200 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Entsprechend Kienbaum-Gutachten: Reduzierung von Vorschriften und Richtlinien.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
2	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 526 00</p> <p>Verminderung um 67 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Geringer Bedarf für Gutachten im Bereich Bildungsplanung - Auswirkungen des Kienbaum-Gutachtens abwarten. Kommissionen zur Einrichtung eines bilingual deutsch-russischen Gymnasiums ist Aufgabe des Landesinstituts Soest, also Doppelveranschlagung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 531 20</p> <p>Verminderung um 300 000 DM</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Öffentlichkeitsarbeit leistet inzwischen kostenneutral der "Spiel" für den Kultusminister.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
4	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titel 427 30</p> <p>Verminderung um 300 000 DM</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Prüfungen gehören zum Hauptamt, deshalb nur Reisekostenansatz.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
5	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titelgruppe 70</p> <p>Verminderung um 200 000 DM</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Die Erläuterungen, daß die Personalausgaben für nebenberufliche und nebenamtliche Kräfte erforderlich sind, sind nicht schlüssig. Präsenz- und Kontaktseminare finden mit Sicherheit nicht während der Ferien oder an Nachmittagen oder Abenden statt, so daß neben der Vergütung auch Unterrichtsstundenentlastung eintreten muß. Es ist nicht mehr zeitgemäß, daß das Fernstudienmaterial kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Teilnehmer können selbst zahlen, bei den Gehältern auch zuzumutbar. Einnahmen sind im Haushalt nicht ausgewiesen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titel 684 30</p> <p>Verminderung um 230 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Nach der Zweckbestimmung falsch veranschlagt, müßte bei Kapitel 05 130 - Landesinstitut für internationale Berufsausbildung - veranschlagt werden. Ein Zusammenhang besteht.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
7	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titelgruppe 80</p> <p>Erhöhung um 3 000 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Nach dem Klienbaum-Gutachten sollte zur Sicherung der Lehrerversorgung die Schulaufsicht in Kompetenzen, Ablauforganisation und EDV, hier durch verbesserte Möglichkeiten des Datenzugriffs und der Datenauswertung, insbesondere Dialogisierung der Verfahren besser ausgestattet werden.</p> <p>In einem Stufenplan sollen die Schulämter, Schulträger/Schulen mit EDV und Datenkommunikationseinrichtungen ausgestattet werden. Als erste Rate bei einem geschätzten Gesamtvolumen von 20 Mio DM genügen 3 Mio DM. Erforderlich, um aus dem Gutachten Klienbaum wenigstens erste zaghafte Konsequenzen zu ziehen.</p> <p>Deckung:</p> <p>Aus Titelgruppe 90, Kürzung der Fortbildungsmittel um 4 Mio DM.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titelgruppe 90</p> <p>Verminderung um 4 000 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Kürzung ergibt sich als Konsequenz aus dem Kleinbaum-Gutachten, das Straffung des Fortbildungsangebotes auf notwendige Angebote und Streichung nicht primär unterrichtsbezogener Angebote verlangt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
9	GRÜNE	<p>Kapitel 05 020 Titelgruppe 90</p> <p>Erhöhung um 250 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Die ausgelaufene Bildungsmaßnahme "Interkulturelles Leben" soll fortgeführt und weiterentwickelt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nicht F.D.P. beteiligt GRÜNE nein ja</p>
10	CDU	<p>Kapitel 05 110 Titel 427 30</p> <p>Verminderung um 500 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Kürzung nach Istaussagen 1990 gerechtfertigt. 7 700 Prüflinge = 2 767 000 DM = 1 Prüfling 357 DM; in 1992 wird mit 8 300 Prüflingen gerechnet, ca. 3 000 000 DM.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	CDU	<p>Kapitel 05 120 Titel 527 10</p> <p>Verminderung um 200 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>In 1992 wird gegenüber 1991 mit 1 430 Referendaren weniger gerechnet, deshalb erscheinen 4,3 Mio DM auch nach Istaussagen 1990 ausreichend. Auffallend ist das Mißverhältnis zwischen Reisekosten für Referendare und Ausbilder (Bedienstete der Studlenseminare). Für 145 Bedienstete sind 1,5 Mio DM Reisekosten vorgesehen = ca. 10 300 DM pro Bediensteten. Senkung der Reisekosten durch ortsnähere Zuweisung von Ausbildungsschulen/Seminaren prüfen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
12	CDU	<p>Kapitel 05 140 Titel 512 20</p> <p>Verminderung um 75 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Bei Handreichungen Prioritäten setzen. In Bezug auf Versandkosten überprüfen, ob über Städtetag oder Städte- und Gemeindeförderung zentral Auslieferung an Schulträger nicht zweckmäßiger und billiger wäre.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
13	GRÜNE	<p>Kapitel 05 140 Titel 512 20</p> <p>Erhöhung um 150 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Im Landesinstitut sollen Handreichungen für interkulturelles Lernen für die kollegiumsinterne Fortbildung erarbeitet und an die Schulen verschickt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	CDU	<p>Kapitel 05 140 Titel 524 10</p> <p>Verminderung um 20 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Fachliteratur zu hoch veranschlagt im Vergleich zum Ministerium (77 000).</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
15	CDU	<p>Kapitel 05 140 Titel 524 20</p> <p>Verminderung um 125 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Die Sprachbereiche serbokroatisch, italienisch, griechisch, portugiesisch und spanisch müssten inzwischen hinsichtlich Lehr- und Lernmaterialien aufgearbeitet sein, so daß für Ergänzungen der Grundlagen der gekürzte Ansatz ausreichend sein müßte.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
16	CDU	<p>Kapitel 05 140 Titel 526 10</p> <p>Verminderung um 250 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Der neue Ansatz ist ausreichend, um insbesondere die Curriculum-Kommissionen im Zusammenhang mit der Neuordnung der Berufe zu finanzieren. Die anderen Kommissionen und Arbeitsgruppen für schulpflichtiges Wettkampfwesen sind offensichtlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Lehrer im Sinne von Dauerbeschäftigungen zur Verstärkung des Unterrichtsausfalls. Effektivitätsnachweis dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen fehlt und wird vom KM nicht kontrolliert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	CDU	<p>Kapitel 05 300 Titel 653 10</p> <p>Verminderung um 300 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Schulträger werden über den Schüleransatz im GFG berücksichtigt. 400 000 DM sind auf Gießkannenprinzip angelegt und erreichen nur wenige Schulträger. Da nach Meinung FM Gemeinden finanziell besser dastehen als Land, braucht es nicht eines solchen Anerkennungsbeitrages.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
18	CDU	<p>Kapitel 05 300 Titelgruppe 80</p> <p>Verminderung um 3 000 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Nach Kienbaum-Gutachten: "Begrenzung der Laufzeit von Schulversuchen und Auslaufen der Zuschläge bei Beendigung der Versuchsphasen, statt, wie heute, Umwidmung und Fortführung mit anderer Begründung, z. B. Sek II und Kollegschule", aber auch Sek I.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19	GRÜNE	<p data-bbox="209 1088 240 1597">Kapitel 05 300 Titelgruppe 80</p> <p data-bbox="280 645 392 1597">Erhöhung der Position 8 "Sonstige Modellversuche (BLK) und Landesmaßnahmen" "Durchführung von Schul- und Modellversuchen" um 600 000 DM</p> <p data-bbox="440 1413 472 1597">Begründung</p> <p data-bbox="512 651 887 1597">Im Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung ist ein neuer Förderschwerpunkt "Mädchen und Frauen" eingerichtet worden. Dabei geht es um die Verbesserung der Lern- und Entwicklungschancen für Mädchen und Frauen an allgemein- und berufsbildenden Schulen und Universitäten und die Verbesserung der Chancen beim Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung. Ziel ist es, die noch immer bestehende Diskriminierung von Mädchen und Frauen in allen Teilen des Bildungs- und Berufsbildungssystems zu überwinden.</p> <p data-bbox="927 651 1150 1597">Die Landesregierung wird aufgefordert, eigene Projekte zu diesem Förderschwerpunkt in der BLK anzumelden und dafür einen Ansatz von 600 000 DM bereitzuhalten. Sie soll vorbereitend mit eigenen Modellversuchsplanungen, z. B. zum Schwerpunkt "Mathematik für alle - auch für Mädchen", wozu bereits ein Projektantrag vorliegt, beginnen.</p>	<p data-bbox="201 465 233 618">abgelehnt</p> <p data-bbox="280 353 424 618">SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	CDU	<p>Kapitel 05 450 Titel 546 10</p> <p>Verminderung um 135 400 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Ausgewiesen sind in den Erläuterungen 18 600 DM für Begleitpersonal und 116 800 DM zur Verpflegung der Schüler der Laborschule Bielefeld. Rechtsgrundlage für diese Leistungen fehlt. Kann mit dem Zuschuß zur Verbilligung des Mittagessens für Schüler der privaten Sonderschulen mit Ganztagsbetrieb verglichen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
21	GRÜNE	<p>Kapitel 05 710 Titel 653 20</p> <p>Erhöhung um 7 000 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Eine Unterstützung der kommunalen Weiterbildungseinrichtungen im Bereich des Zweiten Bildungswegs ist angesichts der Personalmehrkosten im schlußabschlußbezogenen Kursangebot der Volkshochschulen dringend erforderlich.</p> <p>Mit dem Betrag kann nur ein Teil der Mehrkosten abgesichert werden, die die Kommunen für die Professionalisierung des Zweiten Bildungsweges aufbringen müssen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein, 1 Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22	GRÜNE	<p>Kapitel 05 710 Titel 653 20</p> <p>"Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden"</p> <p>Erhöhung um 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen ist aufzunehmen:</p> <p>1.4 Ermessungsmittel für die Kinderbetreuung</p> <p>Begründung</p> <p>Ohne Kinderbetreuungsangebote werden viele Frauen mit Kindern von der Weiterbildung ausgeschlossen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	GRÜNE	<p>Kapitel 05 710 · Titel 684 10</p> <p>"Zuschüsse für Einrichtungen in anderer Trägerschaft"</p> <p>Erhöhung um 2 000 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Nach der drastischen Kürzung im Weiterbildungsbereich von 1982 haben die jährlich verabschiedeten Haushaltsgesetze dafür gesorgt, daß das Weiterbildungsgesetz außer Kraft gesetzt und den kleinen Einrichtungen die Möglichkeit versagt wurde, bis zur Erreichung von zwei Personalstellen für hauptamtliche/hauptberufliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen ihr Bildungsangebot durch eine jährliche Steigerungsrate von 15 % auszuweiten.</p> <p>Um die sofortige Gewährung einer Mindestausstattung mit zwei hauptamtlichen/hauptberuflichen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen für die betroffenen Weiterbildungseinrichtungen zu ermöglichen, sind im Bereich des Kultusministeriums 2 000 000 DM zusätzlich bereitzustellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein, 1 Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
24	GRÜNE	<p>Kapitel 05 710 Titel 684 10</p> <p>"Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft"</p> <p>Erhöhung um 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen ist aufzunehmen:</p> <p>1.5 Ermessensmittel für die Kinderbetreuung</p> <p>Begründung</p> <p>Ohne Kinderbetreuungsangebote werden viele Frauen mit Kindern von der Weiterbildung ausgeschlossen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
25	GRÜNE	<p>Kapitel 05 710 Titel 685 20</p> <p>Erhöhung um 20 000 DM</p> <p>Begründung</p> <p>Die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung erhält zum jetzigen Zeitpunkt im Vergleich zu den anderen sonstigen Landesorganisationen 20 000 DM weniger. Eine Gleichstellung in der institutionellen Förderung ist auch insofern geboten, als die kleinen Einrichtungen keinen zahlungskräftigen Träger hinter sich haben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>